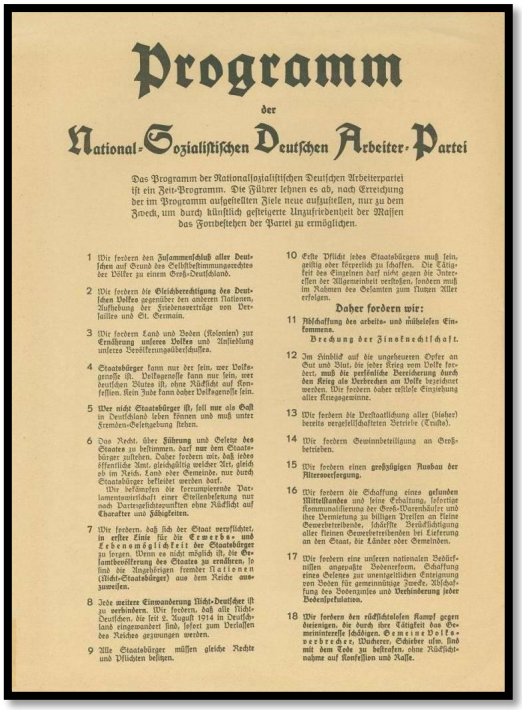
The 25 Points of Hitler's National Socialist Party



Programm

der

National-Sozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei

Das Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ist ein Zeit-Programm. Die Führer lehnen es ab, nach Erreichung der im Programm aufgestellten Ziele neue aufzustellen, nur zu dem Zweck, um durch künstlich gesteigerte Unzufriedenheit der Massen das Fortbestehen der Partei zu ermöglichen.

1 Wir fordern den Zusammenschluß aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu einem Groß-Deutschland.

2 Wir fordern die Gleichberechtigung des Deutschen Volkes gegenüber den anderen Nationen, Aufhebung der Friedensverträge von Versailles und St. Germain.

3 Wir fordern Land und Boden (Kolonien) zur Ernährung unseres Volkes und Ansiedlung unseres Bevölkerungsüberschusses.

4 Staatsbürger kann nur der sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksicht auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein.

5 Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland leben können und muß unter Fremden-Gesetzgebung stehen.

6 Das Recht, über Führung und Gesetze des Staates zu bestimmen, darf nur dem Staatsbürger zustehen. Daher fordern wir, daß jedes öffentliche Amt, gleichgültig welcher Art, gleich ob im Reich, Land oder Gemeinde, nur durch Staatsbürger bekleidet werden darf.
Wir bekämpfen die korrumpierende Parlamentswirtschaft einer Stellenbesetzung nur nach Parteigesichtspunkten ohne Rücksicht auf Charakter und Fähigkeiten.

7 Wir fordern, daß sich der Staat verpflichtet, in erster Linie für die Erwerbs- und Lebensmöglichkeit der Staatsbürger zu sorgen. Wenn es nicht möglich ist, die Gesamtbevölkerung des Staates zu ernähren, so sind die Angehörigen fremder Nationen (Nicht-Staatsbürger) aus dem Reiche auszuweisen.

8 Jede weitere Einwanderung Nicht-Deutscher ist zu verhindern. Wir fordern, daß alle Nicht-Deutschen, die seit 2. August 1914 in Deutschland eingewandert sind, sofort zum Verlassen des Reiches gezwungen werden.

9 Alle Staatsbürger müssen gleiche Rechte und Pflichten besitzen.

10 Erste Pflicht jedes Staatsbürgers muß sein, geistig oder körperlich zu schaffen. Die Tätigkeit des Einzelnen darf nicht gegen die Interessen der Allgemeinheit verstoßen, sondern muß im Rahmen des Gesamten zum Nutzen Aller erfolgen.

Daher fordern wir:

11 Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens.
Brechung der Zinsknechtschaft.

12 Im Hinblick auf die ungeheuren Opfer an Gut und Blut, die jeder Krieg vom Volke fordert, muß die persönliche Bereicherung durch den Krieg als Verbrechen am Volke bezeichnet werden. Wir fordern daher restlose Einziehung aller Kriegsgewinne.

13 Wir fordern die Verstaatlichung aller (bisher) bereits vergesellschafteten Betriebe (Trusts).

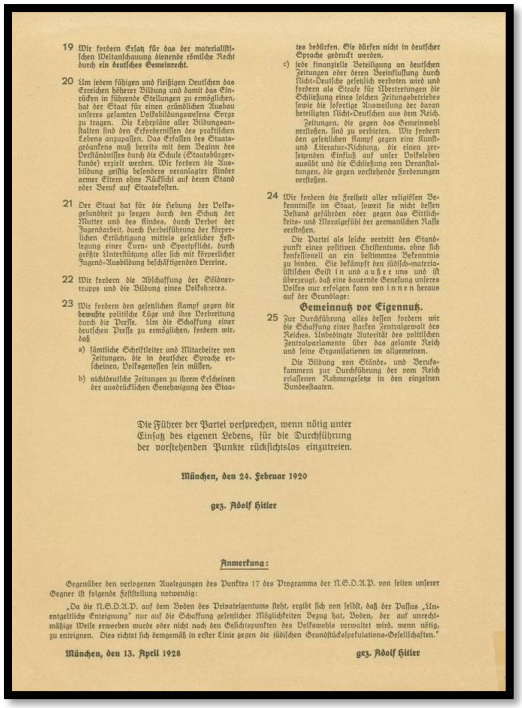
14 Wir fordern Gewinnbeteiligung an Großbetrieben.

15 Wir fordern einen großzügigen Ausbau der Altersversorgung.

16 Wir fordern die Schaffung eines gesunden Mittelstandes und seine Erhaltung, sofortige Kommunalisierung der Groß-Warenhäuser und ihre Vermietung zu billigen Preisen an kleine Gewerbetreibende, schärfste Berücksichtigung aller kleinen Gewerbetreibenden bei Lieferung an den Staat, die Länder oder Gemeinden.

17 Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke, Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenspekulation.

18 Wir fordern den rücksichtslosen Kampf gegen diejenigen, die durch ihre Tätigkeit das Gemeininteresse schädigen. Gemeine Volksverbrecher, Wucherer, Schieber usw. sind mit dem Tode zu bestrafen, ohne Rücksichtnahme auf Konfession und Rasse.



19 Wir fordern Ersatz für das der materialistischen Weltanschauung dienende römische Recht durch ein deutsches Gemeinrecht.

20 Um jedem fähigen und fleißigen Deutschen das Erreichen höherer Bildung und damit das Einrücken in führende Stellungen zu ermöglichen, hat der Staat für einen gründlichen Ausbau unseres gesamten Volksbildungssystems Sorge zu tragen. Die Lehrpläne aller Bildungsanstalten sind den Erfordernissen des praktischen Lebens anzupassen. Das Erfassen des Staatsgedankens muß bereits mit dem Beginn des Verständnisses durch die Schule (Staatsbürgerkunde) erzielt werden. Wir fordern die Ausbildung geistig befähigter talentierter Kinder armer Eltern ohne Rücksicht auf deren Stand oder Beruf auf Staatskosten.

21 Der Staat hat für die Hebung der Volksgesundheit zu sorgen durch den Schutz der Mutter und des Kindes, durch Verbot der Jugendarbeit, durch Herbeiführung der körperlichen Ertüchtigung mittels gesetzlicher Festlegung einer Turn- und Sportpflicht, durch größte Unterstützung aller sich mit körperlicher Jugend-Ausbildung beschäftigenden Vereine.

22 Wir fordern die Abschaffung der Söldnertruppe und die Bildung eines Volksheeres.

23 Wir fordern den gesetzlichen Kampf gegen die bewußte politische Lüge und ihre Verbreitung durch die Presse. Um die Schaffung einer deutschen Presse zu ermöglichen, fordern wir, daß
a) sämtliche Schriftleiter und Mitarbeiter von Zeitungen, die in deutscher Sprache erscheinen, Volksgenossen sein müssen,
b) nichtdeutsche Zeitungen zu ihrem Erscheinen der ausdrücklichen Genehmigung des Staates bedürfen. Sie dürfen nicht in deutscher Sprache gedruckt werden.
c) jede finanzielle Beteiligung an deutschen Zeitungen oder deren Beeinflussung durch Nicht-Deutsche gesetzlich verboten wird und fordern als Strafe für Übertretungen die Schließung eines solchen Zeitungsbetriebes sowie die sofortige Ausweisung der daran beteiligten Nicht-Deutschen aus dem Reich.
Zeitungen, die gegen das Gemeinwohl verstoßen, sind zu verbieten. Wir fordern den gesetzlichen Kampf gegen eine Kunst- und Literatur-Richtung, die einen zersetzenden Einfluß auf unser Volksleben ausübt und die Schließung von Veranstaltungen, die gegen vorstehende Forderungen verstoßen.

24 Wir fordern die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse im Staat, soweit sie nicht dessen Bestand gefährden oder gegen das Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse verstoßen.
Die Partei als solche vertritt den Standpunkt eines positiven Christentums, ohne sich konfessionell an ein bestimmtes Bekenntnis zu binden. Sie bekämpft den jüdisch-materialistischen Geist in und außer uns und ist überzeugt, daß eine dauernde Gesundung unseres Volkes nur erfolgen kann von innen heraus auf der Grundlage:

Gemeinnutz vor Eigennutz.

25 Zur Durchführung alles dessen fordern wir die Schaffung einer starken Zentralgewalt des Reiches. Unbedingte Autorität des politischen Zentralparlaments über das gesamte Reich und seine Organisationen im allgemeinen.
Die Bildung von Ständen- und Berufskammern zur Durchführung der vom Reich erlassenen Rahmengesetze in den einzelnen Bundesstaaten.

Die Führer der Partei versprechen, wenn nötig unter Einsatz des eigenen Lebens, für die Durchführung der vorstehenden Punkte rücksichtslos einzutreten.

München, den 24. Februar 1920

gez. Adolf Hitler

Anmerkung:

Gegenüber den verlogenen Auslegungen des Punktes 17 des Programms der N.S.D.A.P. von seiten unserer Gegner ist folgende Feststellung notwendig:

„Da die N.S.D.A.P. auf dem Boden des Privateigentums steht, ergibt sich von selbst, daß der Passus „Unentgeltliche Enteignung" nur auf die Schaffung gesetzlicher Möglichkeiten Bezug hat, Boden, der auf unrechtmäßige Weise erworben wurde oder nicht nach den Gesichtspunkten des Volkswohls verwaltet wird, wenn nötig, zu enteignen. Dies richtet sich demgemäß in erster Linie gegen die jüdischen Grundstückspekulations-Gesellschaften."

München, den 13. April 1928

gez. Adolf Hitler

The program of the National Socialist German Workers' Party is a temporary program. The leaders refuse to issue new goals after the goals set out in the program have been achieved, solely for the purpose of enabling the party's continued existence by artificially increasing the discontent of the masses.

1. We demand the **unification of all Germans** into a Greater Germany based on the right of self-determination of all peoples.

2. We demand **equal rights for the German people** compared to those of other nations and the abolition of the peace Treaties of Versailles and St. Germain.

3. We demand land and territory (colonies) to **feed our people** and resettle our surplus population.

4. Only those who are our fellow countrymen can become **citizens**. Only those of German blood, regardless of creed, can be our countrymen. Therefore, no Jew can be a countryman.

5. **Anyone who is not a citizen** should **only** live in Germany as **a guest** and must be subject to the law of foreigners.

6. The right to determine the **government** and the laws **of the State** must belong only to citizens. We therefore demand that every public office, of whatever nature, whether in the central government, the province, or the municipality, may only be held by citizens.

We combat the corrupt parliamentary administration whereby men are appointed to positions solely to suit the party without consideration to **character** and **skills**.

7. We demand that the State commit itself, **first and foremost, to providing for employment and a livelihood to its citizens**. If it not be possible to feed the entire population, then members of foreign nations (non-citizens) must be expelled from the Reich.

8. Any further **immigration of non-Germans** must be prevented. We demand that all non-Germans who have immigrated to Germany since August 2, 1914, be compelled to leave the Reich immediately.

9. All citizens must possess equal rights and duties.

10. The first duty of every citizen must be to be productive intellectually or physically. The activity of the individual must not be contrary to the interests of the community, but must be achieved within the framework of the community for the benefit of all.

Therefore we demand:

11. **The abolition of unearned income, and all income that does not arise from work**.

The suppression of interest-slavery.

12. Considering the enormous sacrifices of property and life that every war demands of the people, **personal enrichment through war must be considered as a crime against the people**. Therefore, we demand the complete confiscation of all war profits.

13. We demand the nationalization of all businesses which have been up to the present formed into companies (trusts)

14. We demand profit-sharing in large companies.

15. We demand a **generous increase of old-age pensions**.

16. We demand the creation and maintenance of a sound **middle-class**, the immediate communalization of large department stores and their leasing at low prices

to small tradesmen, the strictest consideration of all small tradesmen when supplying to the State, the provinces or municipalities.

17. We demand a land reform adapted to our national needs, the creation of a law for the expropriation of land for common purposes without compensation, the abolition of land rent, and **the prevention of all land speculation**.

18. **We demand that ruthless war be waged against those who, through their activities, harm the general interest. Common criminals, usurers, profiteers, and the like are to be punished with death, regardless of creed or race**.

19. We demand that Roman law, which serves a materialistic view of the world, be replaced by **German common law**.

20. In order to enable every capable and industrious German to achieve higher education, and thus to reach into positions of leadership, the State must ensure a thorough expansion of our entire public education system. The curricula of all educational establishments must be adapted to the requirements of practical learning. The comprehension of the State's ideals must be achieved at the very beginning of understanding through schools (citizenship programs). We demand that intellectually gifted children of poor parents, regardless of their social status or profession, be educated at the expense of the State.

21. The State has to ensure the improvement of public health by protecting mothers and children, by prohibiting youth work, by promoting physical training through compulsory gymnastics and sports, and by providing the greatest possible support to all those involved in the education of young people.

22. We demand the abolition of the mercenary troops and the formation of a national army.

23. We demand that there be a legal campaign against **deliberate** political lies and their dissemination through the press. To facilitate the creation of a German press, we demand that:

(a) All editors and their employees of newspapers published in the German language be German citizens.

(b) Non-German newspapers be required to have the express permission of the State to be published. They must not be printed in the German language.

(c) Any financial participation in German newspapers or influence on them by non-Germans be prohibited by law, and we demand that the punishment for trespasses be the suppression of the newspaper and the immediate expulsion of the non-Germans from the Reich.

Newspapers that violate the common good must be banned. We demand legal action against those movements in art and literature that exert a disruptive influence

upon our national life, and that any organizations that violate the above demands must be dissolved.

24. We demand freedom of all religious beliefs in the state, as long as they do not endanger its existence or offend against the morality and sense of ethics of the Germanic race.

The party as such represents the standpoint of positive Christianity without binding itself to any one particular confession. It combats the Jewish materialistic spirit inside and outside of us and is convinced that a lasting recovery of our people can only come about from within on the basis of:

Common interest over self-interest.

25. To implement all of this, we demand the creation of a strong central power of the Reich. Absolute authority of the political central parliament over the entire Reich and its organizations in general.

The formation of professional committees and of estate committees to implement the framework laws enacted by the Reich in the individual federal states.

The leaders of the party promise to ruthlessly advocate for the execution of the above points, if necessary at the risk of their own lives.

Munich, February 24, 1920

Signed: Adolf Hitler

Announcement of the NSDAP Party Platform

The 1920 party platform served virtually unchanged as the political foundation of the National Socialists (Ann Ronan Picture Library)

Hitler's political rise in the 1920s began in Munich

The Berghof in Obersalzberg in a photograph from August 1936. Photo: Heinrich Hoffmann (1885-1957). (Bavarian State Library, Image Archive hoff-13447)

Programm

der

National-Sozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei

Das Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ist ein Zeit-Programm. Die Führer lehnen es ab, nach Erreichung der im Programm aufgestellten Ziele neue aufzustellen, nur zu dem Zweck, um durch künstlich gesteigerte Unzufriedenheit der Massen das Fortbestehen der Partei zu ermöglichen.

1 Wir fordern den **Zusammenschluß aller Deutschen** auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu einem Groß-Deutschland.

2 Wir fordern die **Gleichberechtigung des Deutschen Volkes** gegenüber den anderen Nationen, Aufhebung der Friedensverträge von Versailles und St. Germain.

3 Wir fordern Land und Boden (Kolonien) zur **Ernährung unseres Volkes** und Ansiedlung unseres Bevölkerungsüberschusses.

4 **Staatsbürger** kann nur der sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksicht auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein.

5 **Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast** in Deutschland leben können und muß unter Fremden-Gesetzgebung stehen.

6 Das Recht, über **Führung** und Gesetze des Staates zu bestimmen, darf **nur** dem Staatsbürger zustehen. Daher fordern wir, daß jedes öffentliche Amt, gleichgültig welcher Art, gleich ob im Reich, Land oder Gemeinde, nur durch Staatsbürger bekleidet werden darf.

Wir bekämpfen die korrumpierende Parlamentswirtschaft einer Stellenbesetzung nur nach Parteigesichtspunkten ohne Rücksicht auf **Charakter** und **Fähigkeiten**.

7 Wir fordern, daß sich der Staat **verpflichtet, in erster Linie** für die **Erwerbs- und Lebensmöglichkeit der Staatsbürger** zu sorgen. Wenn es nicht möglich ist, die **Gesamtbevölkerung des Staates zu ernähren**, so sind die Angehörigen fremder **Nationen** (Nicht-Staatsbürger) aus dem Reiche **auszuweisen**.

8 Jede **weitere Einwanderung Nicht-Deutscher** ist **zu verhindern**. Wir fordern, daß alle Nicht-Deutschen, die seit 2. August 1914 in Deutschland eingewandert sind, sofort zum Verlassen des Reiches gezwungen werden.

9 Alle Staatsbürger müssen gleiche Rechte und Pflichten besitzen.

10 Erste Pflicht jedes Staatsbürgers muß sein, geistig oder körperlich zu schaffen. Die Tätigkeit des Einzelnen darf nicht gegen die Interessen der Allgemeinheit verstoßen, sondern muß im Rahmen des Gesamten zum Nutzen Aller erfolgen.

Daher fordern wir:

11 **Abschaffung des arbeits- und müheloſen Einkommens.**

Brechung der Zinsknechtschaft.

12 Im Hinblick auf die ungeheueren Opfer an Gut und Blut, die jeder Krieg vom Volke fordert, **muß die persönliche Bereicherung durch den Krieg als Verbrechen am Volke** bezeichnet werden. Wir fordern daher restlose Einziehung aller Kriegsgewinne.

13 Wir fordern die Verstaatlichung aller (bisher) bereits vergesellschafteten Betriebe (Trusts).

14 Wir fordern Gewinnbeteiligung an Großbetrieben.

15 Wir fordern einen **großzügigen Ausbau der Altersversorgung.**

16 Wir fordern die Schaffung eines **gesunden Mittelstandes** und seine Erhaltung, sofortige Kommunalisierung der Groß-Warenhäuser und ihre Vermietung zu billigen Preisen an kleine Gewerbetreibende, schärfste Berücksichtigung aller kleinen Gewerbetreibenden bei Lieferung an den Staat, die Länder oder Gemeinden.

17 Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke, Abschaffung des Bodenzinses und **Verhinderung jeder Bodenspekulation.**

18 **Wir fordern den rücksichtslosen Kampf gegen diejenigen, die durch ihre Tätigkeit das Gemeininteresse schädigen. Gemeine Volksverbrecher**, Wucherer, Schieber usw. sind **mit dem Tode zu bestrafen**, ohne Rücksichtnahme auf Konfession und Rasse.

19 Wir fordern Ersatz für das der materialistischen Weltanschauung dienende römische Recht durch ein deutsches Gemeinrecht.

20 Um jedem fähigen und fleißigen Deutschen das Erreichen höherer Bildung und damit das Einrücken in führende Stellungen zu ermöglichen, hat der Staat für einen gründlichen Ausbau unseres gesamten Volksbildungswesens Sorge zu tragen. Die Lehrpläne aller Bildungsanstalten sind den Erfordernissen des praktischen Lebens anzupassen. Das Erfassen des Staatsgedankens muß bereits mit dem Beginn des Verständnisses durch die Schule (Staatsbürgerkunde) erzielt werden. Wir fordern die Ausbildung geistig besonders veranlagter Kinder armer Eltern ohne Rücksicht auf deren Stand oder Beruf auf Staatskosten.

21 Der Staat hat für die Hebung der Volksgesundheit zu sorgen durch den Schutz der Mutter und des Kindes, durch Verbot der Jugendarbeit, durch Herbeiführung der körperlichen Ertüchtigung mittels gesetzlicher Festlegung einer Turn- und Sportpflicht, durch größte Unterstützung aller sich mit körperlicher Jugend-Ausbildung beschäftigenden Vereine.

22 Wir fordern die Abschaffung der Söldnertruppe und die Bildung eines Volksheeres.

23 Wir fordern den gesetzlichen Kampf gegen die bewußte politische Lüge und ihre Verbreitung durch die Presse. Um die Schaffung einer deutschen Presse zu ermöglichen, fordern wir, daß

a) sämtliche Schriftleiter und Mitarbeiter von Zeitungen, die in deutscher Sprache erscheinen, Volksgenossen sein müssen,

b) nichtdeutsche Zeitungen zu ihrem Erscheinen der ausdrücklichen Genehmigung des Staates bedürfen. Sie dürfen nicht in deutscher Sprache gedruckt werden,

c) jede finanzielle Beteiligung an deutschen Zeitungen oder deren Beeinflussung durch Nicht-Deutsche gesetzlich verboten wird und fordern als Strafe für Übertretungen die Schließung eines solchen Zeitungsbetriebes sowie die sofortige Ausweisung der daran beteiligten Nicht-Deutschen aus dem Reich.

Zeitungen, die gegen das Gemeinwohl verstoßen, sind zu verbieten. Wir fordern den gesetzlichen Kampf gegen eine Kunst- und Literatur-Richtung, die einen zersetzenden Einfluß auf unser Volksleben ausübt und die Schließung von Veranstaltungen, die gegen vorstehende Forderungen verstoßen.

24 Wir fordern die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse im Staat, soweit sie nicht dessen Bestand gefährden oder gegen das Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse verstoßen.

Die Partei als solche vertritt den Standpunkt eines positiven Christentums, ohne sich konfessionell an ein bestimmtes Bekenntnis zu binden. Sie bekämpft den jüdisch-materialistischen Geist i n und a u ß e r uns und ist überzeugt, daß eine dauernde Genesung unseres Volkes nur erfolgen kann von i n n e n heraus auf der Grundlage:

Gemeinnutz vor Eigennutz.

25 Zur Durchführung alles dessen fordern wir die Schaffung einer starken Zentralgewalt des Reiches. Unbedingte Autorität des politischen Zentralparlaments über das gesamte Reich und seine Organisationen im allgemeinen.

Die Bildung von Stände- und Berufskammern zur Durchführung der vom Reich erlassenen Rahmengesetze in den einzelnen Bundesstaaten.

Die Führer der Partei versprechen, wenn nötig unter Einsatz des eigenen Lebens, für die Durchführung der vorstehenden Punkte rücksichtslos einzutreten.

München, den 24. Februar 1920

gez. Adolf Hitler

Anmerkung:

Gegenüber den verlogenen Auslegungen des Punktes 17 des Programms der N.S.D.A.P. von seiten unserer Gegner ist folgende Feststellung notwendig:

„Da die N.S.D.A.P. auf dem Boden des Privateigentums steht, ergibt sich von selbst, daß der Passus „Unentgeltliche Enteignung" nur auf die Schaffung gesetzlicher Möglichkeiten Bezug hat, Boden, der auf unrechtmäßige Weise erworben wurde oder nicht nach den Gesichtspunkten des Volkswohls verwaltet wird, wenn nötig, zu enteignen. Dies richtet sich demgemäß in erster Linie gegen die jüdischen Grundstücksspekulations-Gesellschaften."

München, den 13. April 1928 **gez. Adolf Hitler**

Freedom Truth Justice

Humain souverain English

♡ ❦ ♥